

Kleiderausgabe an Rekrutinnen

Rüstung

Kampf dem Beschaffungschaos

Nach etlichen Pannen bei Großprojekten setzt die Bundeswehr jetzt auf externe Berater.

Um die kostspieligen Probleme bei Rüstungsprojekten der Bundeswehr zu beseitigen, will das Verteidigungsministerium für rund 286 Millionen Euro externe Berater beauftragen. Sie sollen vier Jahre lang das Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr in Koblenz bei der Steuerung von Beschaffungsprojekten unterstützen, bei denen es immer wieder zu Mehrkosten von vielen Milliarden Euro und jahrelangen Lieferverzögerungen kommt. Beispiele sind etwa das Transportflugzeug A400M oder der Schützenpanzer „Puma“. In einem Schreiben werden Beratungsunternehmen EU-weit aufgefordert, ihr Interesse an diesem Auftrag zu bekunden. Insgesamt geht es dabei um „1225 Personenjahre“, was rund 300 Vollzeitarbeitsstellen entspricht. Der Vertrag könnte sogar noch um bis zu drei Jahre verlängert werden, was den Steuerzahler weitere 214 Millionen Euro kosten könnte. Mit etwa einer halben Milliarde Euro würde es sich dann um einen der größten Beratungsaufträge handeln, der je aus dem Bundesetat vergeben wurde. In den Haushaltsentwurf 2016 wurde er noch nicht eingestellt. Nicht eingeschlossen sind auch juristische Unterstützung bei Vertragsgestaltung oder Regressforderungen gegenüber Unternehmen. Genau das aber fordert ein Prüfbericht, den Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen von der Beratungsfirma KPMG im vergangenen Jahr anfertigen ließ. Die Opposition ist alarmiert: „Das Chaos in Koblenz muss noch viel größer sein als bisher bekannt“, sagt Grünen-Verteidigungsexperte Tobias Lindner. gt, ona

Wohnungsbau

Minister fordert steuerliche Anreize

Die Landesregierung von Baden-Württemberg macht sich für ein neues Steuersparmodell stark, um den Wohnungsbau anzukurbeln. Wirtschaftsminister Nils Schmid (SPD) schlägt vor, dass Investoren den Bau von Wohnungen mit Sozialbindung stärker steuerlich absetzen können. So sollten allein in den ersten fünf Jahren jeweils bis zu zehn Prozent der Kosten steuerlich geltend gemacht werden können, wenn die Räume an Mieter mit Wohnberechtigungsschein vergeben werden. Den Ankündigungen beim Flüchtlingsgipfel im Kanzleramt, Anreize für den Wohnungsbau zu schaffen, müssten „jetzt Taten folgen“, so Schmid. fri

Polit-Sponsoring

Teure Tagebücher

Die Veröffentlichung der Tagebücher des ehemaligen sächsischen Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf (CDU) hat weitgehend der Steuerzahler finanziert. Insgesamt 307 900 Euro investierte der Freistaat Sachsen in zwei Bände der Lebenserinnerungen des früheren Landesvaters. Sie umfassen die Jahre 1990 bis 1994, Biedenkopfs erste Regierungsperiode in Dresden. Die Tagebuch-Beihilfe stammt aus dem Etat der Staatskanzlei für Publikationen zum Thema 25 Jahre deutsche Einheit und fließt ausschließlich an die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung. Die konservative Stiftung hatte im Auftrag der sächsischen Staatskanzlei eigens zwei wissenschaftliche Mitarbeiter abgestellt, um die Aufzeichnungen Biedenkopfs zu sichten und für die Veröffentlichung vorzubereiten. Sachsen, sagt Regierungssprecher Christian Hoose, habe „ein hohes staatspolitisches Interesse“ daran, diese „für die zukünftige sächsische Geschichtsschreibung bedeutsame Quelle“ einer „breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen“. Der Siedler Verlag druckte jeweils 3000 Exemplare der Tagebücher, Biedenkopf selbst warb nach Angaben der Konrad-Adenauer-Stiftung Spenden in Höhe von 15 000 Euro ein – als Druckkostenzuschuss. Der Stiftung seien keine Kosten entstanden. Trotz der großzügigen Subvention darf der Freistaat aber über die Tagebücher nur bedingt verfügen. Die Rechte liegen bei Biedenkopfs Ehefrau Ingrid. was



Ehepaar Biedenkopf

FOTOS: SEAN GALLUP/GETTY IMAGES (O.); JÖRG CARSTENSEN / DPA (U.)

Ein Impressum mit dem Verzeichnis der Namenskürzel aller Redakteure finden Sie unter www.spiegel.de/kuerzel